



Bundesverband e.V.

Bürgerschaftliches Engagement in der AWO

Eine Positionsbestimmung

***Beschlossen auf dem
AWO-Bundesausschuss
Berlin, 25.08.2012***

AWO Bundesverband e. V.

Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Telefax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich: Wolfgang Stadler, Vorsitzender des Vorstandes
Redaktion: Gunnar Wörpel, Referent für Bürgerschaftliches Engagement

Unser besonderer Dank für die Mitarbeit gilt dem AK Mitgliederverband und Engagementförderung und Dr. Thomas Beyer für das Präsidium.

© AWO Bundesverband e. V.
September 2012

Vorwort

Die Arbeiterwohlfahrt basiert auf vielfältigen Formen des Engagements. 375.000 Menschen engagieren sich als Mitglied oder unterstützen durch ihre Mitgliedschaft die AWO. Hinzu kommen viele Menschen, die sich unabhängig von einer Mitgliedschaft in der AWO konkret einbringen.

Als Bürgerschaftliches Engagement werden im allgemeinen Sinn Ehrenamt, Freiwilliges Engagement, Selbsthilfe und als eine Sonderform die Freiwilligendienste verstanden. All diese Formen von Engagement sind der AWO wichtig:

- wichtig, um in ehrenamtlichen Funktionsämtern wie Vorstände oder Delegierte, die demokratische Grundstruktur der AWO umzusetzen,
- wichtig, um gesellschaftliche Solidarität nicht nur zu fordern, sondern auch zu praktizieren und ihr ein Gesicht zu geben,
- wichtig, um ergänzende Unterstützung und Hilfeleistung von und für Menschen im Sinne von mehr Lebensqualität zu bieten.

Bürgerschaftliches Engagement ist aber nicht nur für die AWO in den eigenen Strukturen wichtig, sondern auch für die Menschen und für die Gesellschaft insgesamt. Es ist sinnstiftend und ermöglicht Teilhabe sowohl bei den sich Engagierenden, als auch bei den Menschen, denen dieses Engagement gilt. Daher will die AWO Raum für viele und verschiedenste Engagementformen bieten.

Mit der vorliegenden Positionsbestimmung werden die aktuellen Entwicklungen, unterschiedlichen Zielgruppen und als Schwerpunkt die Vielfalt des Bürgerschaftlichen Engagements in der AWO dargestellt und eine notwendige Positionierung der AWO hierzu vorgenommen. Dies soll eine Orientierung über die vielen verschiedenen Tätigkeiten bieten, die unter dem traditionellen Begriff Ehrenamt oder neuerem Begriff Bürgerschaftliches Engagement in der AWO stattfinden. Die Positionsbestimmung soll helfen Diskussionen und Ansätze in der AWO zur Förderung von Engagement zu strukturieren und die AWO insgesamt zu profilieren. Das verbandliche Ehrenamt und die neuen Erscheinungsformen der Freiwilligenarbeit und des Bürgerschaftlichen Engagements begegnen sich nicht selten mit Zurückhaltung. In der letzten Zeit hat sich diesbezüglich eine kritische Diskussion in der Freien Wohlfahrtspflege entwickelt. Dabei lässt sich ein gewisses Konkurrenzempfinden in den Verbänden zu ihren bislang etablierten Formen ehrenamtlicher Tätigkeit erkennen. Dies gilt umso mehr, als auch in den Wohlfahrtsverbänden die Einsicht wächst, der eigenen Ehrenamtsarbeit neue Impulse geben zu müssen.

1. Standortbestimmung

Die Arbeiterwohlfahrt ist in ihrer Gründung am 13. Dezember 1919 als „soziale Selbsthilfeorganisation der Arbeiter“ auf ehrenamtliche föderale Strukturen ausgerichtet worden. Kontext der Gründung war die existentielle Not vieler Menschen in einer demokratisch unerfahrenen, monarchistisch geprägten Gesellschaft, deren demokratischer Erstbeginn von extremen Kräften bekämpft wurde.

Ehrenämter und Engagement sind somit Gründungsmerkmale der Arbeiterwohlfahrt. Ziel war es, soziale Rechte und deren Inanspruchnahme zu etablieren. Die AWO stellte einen Gegenentwurf zu einer als entwürdigend empfundenen Almosen gewährenden bürgerlich-karitativen Fürsorge dar.

90 Jahre später sind die Herausforderungen in der Gesellschaft und in der AWO nur scheinbar andere. Tatsächlich führen ständiger Sozialstaatsabbau, zunehmende Ökonomisierung der Sozialen Arbeit und Indienstnahme der Zivilgesellschaft als kompensatorische Ressource dazu, dass entgegen der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Regelsatz-Beschluss vom Februar 2010 die Errungenschaft des sozialen Rechtsstaates, Unterstützungsbedürftigen Rechte statt Almosen zu geben, zunehmend geleugnet wird. Insoweit stellt sich der Arbeiterwohlfahrt und den sie tragenden Ehrenamtlichen bzw. dem Bürgerchaftlichen Engagement in der AWO ein fortwährender Anspruch.

Dessen ungeachtet haben sich Rahmenbedingungen verändert:

- In der Gesellschaft gibt es keine klassische Arbeiterschaft mehr, die die Selbsthilfe der AWO benötigt. Soziale Spaltung, prekäre Lebenslagen und Chancenungleichheit existieren aber weiterhin und nehmen seit rund 20 Jahren sogar zu. Der politische Auftrag der AWO besteht damit unvermindert fort.
- Die AWO hat sich als professioneller Anbieter sozialer Dienstleistungen etabliert. Sie ist damit Anwalt sozial Benachteiligter, Mitgliederverband und bedeutender Sozialwirtschaftsbetrieb.

Es kommt immer öfters zur Trennung von Unternehmensführung und ehrenamtlicher Vorstandsverantwortung. Mit einer Entkoppelung von verbandlichem Sektor und Sozialunternehmen ändert sich auch der Standort des Ehrenamtes. Der Einfluss der ehrenamtlich Engagierten auf die sozialpolitische Orientierung auch des Sozialunternehmens droht, damit zunehmend zurückzugehen. Die ehrenamtlich Tätigen empfinden die Veränderungen nicht immer als Ausdruck einer notwendigen Professionalisierung, sondern durchaus als jetzt gewollte Dominanz eines betriebswirtschaftlichen Blickwinkels.

Unternehmenspolitische Entscheidungen und deren in den Medien und der Öffentlichkeit kritische Kommentierung (z.B. Ausgliederungstendenzen, Vorwürfe der Tariffucht oder der Absenkung des Lohnniveaus), können die Glaubwürdigkeit bei der Verfolgung der sozialpolitischen Verbandszwecke in Bedrängnis bringen. Damit wird unmittelbar das Umfeld der ehrenamtlichen Mitwirkung berührt.

Diese Entwicklungen sind auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass das Ehrenamt in der Freien Wohlfahrtspflege sich zwar nicht qualitativ, aber in seinen Begründungsstrukturen von anderen Formen des Freiwilligenengagements unterscheidet. Als zentraler Bestandteil der Aufgabenerfüllung der Freien Wohlfahrtspflege nimmt das Ehrenamt teil an dessen sozialstaatlichem Auftrag.

- Die Herausforderungen der Demokratie sind andere. Parteienunabhängiges Engagement, Forderungen nach direkter Demokratie sowie Politikabkehr von Teilen der Bevölkerung gewinnen an Bedeutung.
- Vielfältige Lebenslagen in der Gesellschaft führen zu unterschiedlichsten Interessen und Voraussetzungen an Verbandskultur und Engagementmöglichkeiten. Die individuellen Bedürfnisse und Interessen der Menschen für ein Engagement sind für die Gestaltung der Angebote und das gemeinsame Entwickeln interessanter Tätigkeiten wichtig. Hierbei sind unterschiedliche Familienmodelle, unterschiedliche Bedingungen der Erwerbstätigkeit, Demographie, Migrationserfahrung, Interkulturalität sowie die Geschlechterdimensionen zu berücksichtigen.
- In vielen Gliederungen stellt sich die Frage, wie die demokratische Verbandsstruktur zukünftig grundsätzlich erhalten bleiben kann. Insbesondere in den Ortsvereinen, die die demokratische Basis des Verbandes sind, lassen sich immer schwerer Menschen finden, die Interesse und/oder ausreichende Ressourcen für die Übernahme einer Vorstandsfunktion haben. Dies bedeutet zumeist gleichzeitig den Verlust von Mitgliedern.
- Es findet eine Diskussion um die Bezahlung im Engagement statt. Mittels kleinerer Geldbeträge werden nicht nur der Aufwand und die Sachkosten erstattet, sondern gezielt ein Anreiz zur Erfüllung spezieller Aufgaben geschaffen. So werden zunehmend Honorare für arbeitsähnliche Leistungen z.B. in der Pflege oder sozialen Arbeit bereitgestellt.

2. Positionen

2.1. Positionen zum Bürgerschaftlichen Engagement

- Engagement und Übernahme von Verantwortung im Gemeinwesen sind Voraussetzungen für die Demokratie. Die vielfältigen Formen des Bürgerschaftlichen Engagements sind damit die Grundlage für eine funktionierende Zivilgesellschaft.
- Grundsätzlich gilt es, die Eigenverantwortung des Einzelnen zu fördern und zu stärken. Der Vorrang des freien individuellen Handelns vor staatlichem Handeln ist eine zentrale Grundlage für Bürgerschaftliches Engagement. Bürgerschaftliches Engagement organisiert sich grundsätzlich selbst und verfolgt eigene Zwecke und Ziele.
- Die AWO begrüßt und unterstützt ausdrücklich Engagement zur Gestaltung des eigenen Lebensumfelds als demokratische Handlung. Viele Belange des öffentlichen Lebens können besser unter bürgerlicher Mitbestimmung geregelt werden. Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements bedeutet den Einbezug in Entscheidungen vor Ort und Erhalt demokratischer Strukturen.
- Die ehrenamtliche Mitwirkung an den Aufgaben eines Verbandes der Freien Wohlfahrtspflege speist sich über die individuelle Motivation des Tätigwerdens in besonderer Weise aus der Übereinstimmung mit der ideellen Zwecksetzung des Verbandes, insbesondere mit den von ihm vertretenen sozialpolitischen Überzeugungen. Hier liegt damit auch das entscheidende Moment für die Gewinnung nicht nur von neuen Mitgliedern, sondern gerade von Engagementwilligen für die Freie Wohlfahrt.
- Der Schlüssel für die Zukunft des Ehrenamtes liegt deshalb auch darin, wie es gelingt, dass die Verbände ihre Rolle als glaubwürdiger sozialpolitischer Akteur wieder einnehmen. Darüber hinaus müssen sie aus ihren sozialen Grundüberzeugungen konkrete Anforderungen für die innere Organisationsstruktur sowie den unternehmerischen Bereich entwickeln und leben.
- Bürgerschaftliches Engagement bedeutet nicht die Gewährleistung öffentlicher Infrastruktur. Es ist kein „Lückenbüßer“ in Fragen der Armutsbekämpfung, Bildung, Integration, Gestaltung lebenswerter Quartiere, Pflege, Gesundheit, Inklusion und für zusammengestrichene Leistungen.
- Bürgerschaftliches Engagement braucht gute Rahmenbedingungen: Rechtliche Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten zur Gestaltung bürgernahe Demokratie gehören ebenso dazu wie eine verantwortungsvolle Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik und der Ausbau von Infrastrukturen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

- Bürgerschaftliches Engagement ermöglicht vielfältige Lernprozesse und gesellschaftliche Teilhabe. Damit Menschen mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und vielfältigen Interessenlagen stärker partizipieren können, benötigen sie spezifische Zugänge zum Engagement. Engagementförderung darf nicht zur Verstärkung sozialer Ungleichheit führen.
- Engagementbereite Bürgerinnen und Bürger werden in die soziale Arbeit erfolgreich durch professionelles Freiwilligenmanagement eingebunden. Daher muss Freiwilligenmanagement bereits in der Ausbildung der verschiedenen Berufsgruppen Inhalt werden und zur Umsetzung in der Sozialen Arbeit finanziert werden.
- Bürgerschaftliches Engagement ergänzt Soziale Arbeit und ist keine Konkurrenz.

2.2. Positionen zu finanziellen Erstattungen im bürgerschaftlichen Engagement

- Wesentliches Merkmal des Ehrenamtlichen bzw. Bürgerschaftlichen Engagements in der Arbeiterwohlfahrt ist dessen selbstbestimmter und freiwilliger (kein rechtlich bindender Vertrag) Charakter. Mit der ehrenamtlichen Tätigkeit in der Arbeiterwohlfahrt verbinden sich keine Erwerbsinteressen. Ehrenamtliches bzw. Bürgerschaftliches Engagement in der Arbeiterwohlfahrt wird grundsätzlich unentgeltlich oder lediglich gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung erbracht. Vergütungen im Bürgerschaftlichen Engagement müssen, soweit sie auf der Grundlage unserer Statuten zulässig sind, klar geregelt werden und transparent sein, um Glaubwürdigkeit und Gerechtigkeitsgefühle innerhalb der Organisation zu gewährleisten. Angemessene Entschädigungen für entstandenen Aufwand dürfen keine verdeckte Entlohnung darstellen. Erstattet werden kann der im Rahmen des Einsatzes tatsächlich entstehende Aufwand. Auch Entschädigungen dürfen dem Prinzip der Freiwilligkeit und Unabhängigkeit nicht widersprechen. In jedem Fall sind die Regelungen der Satzungen, des Verbandsstatuts sowie des Steuerrechts, insbesondere diejenigen des Gemeinnützigkeitsrechts, zu berücksichtigen.
- Die AWO setzt sich für sozial- und arbeitsmarktpolitische Lösungen ein, damit Bürgerschaftliches Engagement nicht zur finanziellen Existenzsicherung missbraucht wird.
- Für die AWO ist eine moderne praktizierte Anerkennungs- und Wertschätzungskultur des Bürgerschaftlichen Engagements wichtig. Hierfür werden

vorwiegend nicht-monetäre Formen der Wertschätzung und Anerkennung als Dank und zur Förderung für Engagement eingesetzt. Dies sind u.a. soziale und kulturelle Veranstaltungen, Schulungen und Qualifikationen, umfassende wertschätzende Berücksichtigung in der Innen- und Außendarstellung, Sicherstellung fester Ansprechpartner/innen und attraktive Tätigkeiten im Engagementbereich.

2.3. Positionen zur Umsetzung Bürgerschaftlichen Engagements in der AWO

- Das Selbstverständnis der AWO, die als soziale Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft gegründet wurde, beruht auf dem Ehrenamt. Innerhalb der AWO finden sich verschiedene Engagementformen, die als Bürgerschaftliches Engagement in der AWO bezeichnet werden.
- Bürgerschaftliches Engagement ist ein zentraler Wert in und Wesensmerkmal der AWO. Fehlt dieses Element, handelt es sich letztlich nur um die Erledigung von Dienstleistungen. Erst durch das Zusammenspiel von hauptamtlichen Kräften und freiwillig Engagierten entsteht eine besondere Qualität. Engagementförderung ist daher von geschäftsrelevanter strategischer Bedeutung und ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal.
- Ehrenamtliches Engagement der Helferinnen und Helfer ist für die AWO mehr als eine allgemeine Legitimationswirkung für die Existenz von Wohlfahrtsverbänden. Die AWO versteht Ehrenamtliches Engagement als Identitätsmerkmal und wesentliches Glaubwürdigkeitskriterium bei der Verfolgung ihrer sozialpolitischen Verbandszwecke. Das Schaffen eines Umfeldes für eine gemeinwohlorientierte und nicht vordergründig für Betreiberinteressen nutzbar gemachte Mitarbeit im Ehrenamt wird künftig auch ein entscheidendes Kriterium sein, wenn es gilt, die Gemeinnützigkeit der Wohlfahrtspflege gegen anderweitige Tendenzen aus der EU zu verteidigen.
- Die AWO will Bürgerinnen und Bürger für soziale Gemeinwohlaufgaben und Verantwortungsübernahme gewinnen und bietet mit den verschiedenen Engagementformen hierfür Möglichkeiten. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist ein eigener Wert für die AWO, den es zu stärken und fördern gilt.
- Politische Entwicklungen (z.B. Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung, Wegfall des Zivildienstes, knappe Sozialhaushalte) sowie gesellschaftliche Phänomene (z.B. demographischer Wandel, Fachkräftemangel) verlangen, dass Engagementförderung als eigenständiges Politikfeld in der Spitzenfunktion des Bundesverbandes und in den Landes- und Bezirksver-

bänden zu bearbeiten ist. Hier muss sich die AWO für eine Engagementförderung im Sinne von lebendiger Bürgergesellschaft und Partizipation einsetzen und sich gegen die Tendenzen der staatlichen Vereinnahmung und Funktionalisierung wehren. Gerade diese Gründe haben die AWO bewogen, derzeit in den Strukturen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) nicht weiter mitzuwirken.

- Zur Einbeziehung von engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern in die Verbandsstrukturen der AWO und zur Ergänzung der professionellen sozialen Arbeit muss die AWO Mitwirkungsmöglichkeiten schaffen, um sozialpolitische Einflussnahme zu ermöglichen und die Lebensqualität der unter dem Dach der AWO betreuten Menschen zu erhöhen.
- Wertschätzung und Anerkennung von Engagierten ist wichtig. Dazu gehören soziale und kulturelle Veranstaltungen, Schulungen und Qualifikationen, umfassende wertschätzende Berücksichtigung in der Innen- und Außendarstellung, Sicherstellung fester Ansprechpartner/innen, attraktive Tätigkeiten im Engagementbereich etc. Nur so wird es gelingen, Menschen an den Verband zu binden und für ein Engagement in der AWO zu gewinnen. Bei allen Engagementformen ist darauf zu achten, dass die Vereinbarkeit von Beruf, Familie sowie weiteren individuellen Lebenssituationen (z.B. Weiterbildung) Berücksichtigung finden kann.
- Auf der Grundlage der QM-Richtlinien und des AWO-Unternehmenskodex schafft die AWO klare Regelungen für ein Freiwilligenmanagement in den Einrichtungen und Diensten, die dies fachlich zulassen.
- Die AWO berücksichtigt in all ihren Arbeits- und Fachgremien den Querschnittscharakter des Themas Bürgerschaftliches Engagement. Chancen und Risiken, Aufgaben und Funktionen sowohl für das Bürgerschaftliche Engagement als auch für die einzelnen Fachgebiete können die jeweiligen Vertreter/innen nur gemeinsam erarbeiten. Themen wie Armut, Bildung, Genderfragen, Integration und Inklusion sind als Querschnittsthemen zu betrachten.
- Die maßgeblichen Beschlüsse zum Bürgerschaftlichen Engagement (Grundsatzprogramm und Magdeburg 2007) sind auf ihre Umsetzung und Wirkung zu prüfen.

3. Bürgerschaftliches Engagement in der AWO

3.1. Formen

Innerhalb der AWO finden sich verschiedene Formen des Engagements, die bei der Förderung von Engagement differenziert zu betrachten sind. Eine systematische Darstellung soll die Vielfalt innerhalb der AWO verdeutlichen und Ansatzmöglichkeiten zur Förderung von Engagement in der AWO aufzeigen.

Mitgliedschaft als Bürgerschaftliches Engagement

Unabhängig davon, ob eine Mitgliedschaft aktiv oder passiv ausgeübt wird, unterstützt die Mitgliedschaft die AWO. Zur Förderung von Mitgliedschaften muss die AWO unterschiedliche Zielgruppen identifizieren und entsprechende Angebote und auch organisatorische Rahmenbedingungen anbieten.

Ehrenamt als Funktion in der AWO

Das Wahlamt ist in der AWO geprägt durch eine enge Identifikation mit dem Verband und ein dauerhaftes Tätig sein – es wird die Bereitschaft erklärt, sich für zumindest eine Wahlperiode als Vorsitzende/r o.ä. zu engagieren. Es ist gebunden an Mandat und Mitgliedschaft, dient der Förderung der Infrastruktur des Verbandes und soll der AWO vor Ort eine starke Stimme geben.

Um Menschen für das klassische Ehrenamt in den Vereinsstrukturen der AWO zu gewinnen, bedarf es spezifischer Maßnahmen. Dies ist u.a. ein klares Tätigkeitsprofil mit Aufwandsbeschreibung, um Menschen gezielt hierfür ansprechen zu können. Die Tätigkeiten sollten einerseits attraktiv sein, dürfen aber andererseits weder inhaltlich noch zeitlich überfordern. Hierzu ist es nötig, entsprechend die klassisch gewachsene Aufgabenteilungen zwischen Ehren- und Hauptamt zu überdenken und an Ansprüche der zeitlichen Begrenztheit und moderner Kommunikationsformen zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen.

Auch eine Funktion in den Steuerungs- und Aufsichtsorganen der AWO-Unternehmen und AWO-Einrichtungen, wie z.B. Aufsichtsräte, ist wichtig. Aufgrund notwendiger Fachkenntnisse und besonderer rechtlicher Verantwortung, sind für dieses Engagement gezielt Personen zu suchen, vorzubereiten und zu unterstützen.

Ehrenamt als Interessenvertretung

Wichtig für die AWO und bezeichnend für die Aktivitäten vieler Mitglieder ist deren ehrenamtlicher Einsatz als Instrument der Interessenvertretung und somit Lobbyarbeit für die Anliegen der AWO.

Beispiele dieser Interessenvertretung sind z.B.

- Kuratorien, Vorstände öffentlicher Gesellschaften, Vereine, Stiftungen u.ä. Unterstützung und Wertschätzung solch engagierter Personen kann z.B. die Ermöglichung von Fortbildungen sein.
- Kommunale Mandate sind eine besondere Form der Interessenvertretung und Mitbestimmung. Hierzu zählt die Ausübung öffentlicher kommunaler Verwaltungstätigkeiten, z.B. Bürgermeister/in, Ratsmitglied, Schöffe/in etc. Einige kommunale Ehrenämter stehen dabei je nach Regelung nur Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände zu, z.B. Sitze im Jugendhilfe- oder Sozialausschuss. Die Chance für die AWO liegt darin, eine Schnittstelle zwischen kommunaler Politik und Zivilgesellschaft für die Zielgruppen der AWO zu bilden, indem politische Entscheidungen und Verwaltungsvorhaben erklärt und diskutiert werden. Auf diesem Wege kann die AWO als demokratisch aktiv wahrgenommen werden.
- Die AWO zeichnet aus, dass sich viele ihrer Mitglieder auch außerhalb der AWO gesellschaftspolitisch, z.B. in Initiativen, Geschichtswerkstätten oder anderen Bereichen wie Kultur und Ökologie engagieren und dabei nicht nur persönliche, sondern auch Anliegen der AWO mit einbringen. Die AWO muss dieses Engagement anerkennen und nicht als Konkurrenz verstehen. Gleichzeitig können über Austausch und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen engagierte Menschen für die AWO gewonnen werden.

Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in der AWO

„Ehrenamtliche Helferin / ehrenamtlicher Helfer“ ist in den AWO Ortsvereinen ein Begriff mit Tradition. Die Organisation eines monatlichen AWO-Cafés über viele Jahre, eine intensive Begleitung als Bildungs- oder Integrationspate/in innerhalb eines (Schul-)Jahres oder gelegentliche Unterstützung verschiedener Aktivitäten wie ein Sommerkinderfest sind alles wichtige Formen der ehrenamtlichen Unterstützung. Gesellschaftliche Veränderungen haben aber dazu geführt, dass das Bild dieser Helferin und Helfer vor Ort vielfältig geworden ist. Zur Förderung dieser Engagementform führen einige Gliederungen für bestimmte Aufgaben Helfer/innenkreisschulungen durch und begleiten die Helfer/innen professionell weiter.

Freiwilliges Engagement ohne Mitgliedschaft

Freiwillige ohne Mitgliedschaft engagieren sich in der Regel in den Einrichtungen und Diensten und in Projekten der AWO. Das Fehlen einer Mitgliedschaft erlaubt keinen Rückschluss auf die Verbindlichkeit und Qualität des Engagements. Sporadisches Engagement in der Kindertagesstätte ist ebenso vorhanden wie langjährige regelmäßige Unterstützung einer Wohngruppe für Menschen mit Behinderung oder das zeitlich intensive aber begrenzte Engagement im Rahmen eines Projekts.

Engagement in der Selbsthilfe

Selbsthilfe gehört zu den Gründungsprinzipien der AWO, um Eigenständigkeit und Unabhängigkeit als demokratische Individuen gegenüber paternalistischen Strukturen zu erlangen. Die Selbsthilfe gilt als Engagement von Betroffenen mit dem Ziel, für sich und andere, Lösungen für konkrete Anliegen zu suchen bzw. abzusichern. Der Verbandsbericht 2010 der AWO führt 3.500 in der Selbsthilfe Tätige auf. Am stärksten ist die Selbsthilfe im Gesundheitsbereich aktiv.

Selbsthilfe beinhaltet ein emanzipatorisches Prinzip, wenn starker Strukturen als individuelle Hemmnisse hinterfragt werden. Befähigung zur und Initiierung von Selbsthilfe ist klassisches Ziel von Beratung und selbstverständlicher Bestandteil Sozialer Arbeit, aber auch ein mögliches Angebot der AWO vor Ort außerhalb der Einrichtungen und Dienste. In diesem umfassenden Verständnis ist Selbsthilfe Teil einer lebendigen Bürgergesellschaft.

Freiwilligendienste

Freiwilligendienste sind eine besondere, gesetzlich geregelte Form bürgerschaftlichen Engagements. Merkmale sind ein höherer Grad der Verbindlichkeit, eine intensivere Zeitstruktur und die soziale Absicherung der Freiwilligen.

Seit fast fünfzig Jahren bietet die AWO Männern und Frauen bis zum 27. Lebensjahr das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) an. Der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) ist eine neue Form des Freiwilligendienstes, der eingeführt wurde, um die Abschaffung des Zivildienstes zumindest teilweise zu kompensieren. Dieser Dienst steht Männern und Frauen aller Generationen offen.

Die AWO achtet bei der Umsetzung von Freiwilligendiensten darauf, dass

- eine deutliche Abgrenzung zu Arbeitsmarktinstrumenten stattfindet,
- die Durchführung von Tätigkeiten eines ehrenamtlichen Wahlamts nicht zum Aufgabenspektrum eines Freiwilligendienstes gehören,

- der staatlich geregelte BFD nicht zur Verdrängung anderer niedrighschwelliger Formen Bürgerschaftlichen Engagements in der AWO führt,
- Menschen die einen Freiwilligendienst bei der AWO leisten, regelmäßig über die Aktivitäten und Angebote für Mitglieder informiert werden.

Förderer

AWO-Förderer unterstützen durch regelmäßige Beiträge den AWO-Mitgliederverband insgesamt in seinen satzungsgemäßen Aufgaben. Sie haben Anspruch auf umfassende Informationen aus dem Mitgliederverband und über die Entwicklung seiner Arbeitsfelder, aber keine Mitgliedsrechte im Verband.

Korporative Mitglieder

Die AWO vernetzt sich und arbeitet eng mit anderen Akteuren zusammen. Die korporative Mitgliedschaft bietet die Chance, die Basis der fachlichen Arbeit zu verbreitern und strategische Partnerschaften zu vertiefen. Dabei sind die Möglichkeiten, neue Interessenten für das Bürgerschaftliche Engagement in der AWO zu gewinnen, verbandsintern aktiv wahrzunehmen.

Räume für Engagement in der AWO

Menschen benötigen die Möglichkeit, eigene freie Ideen von Beteiligung und Engagement unabhängig von zielgerichteten Formaten oder Bedingung der Mitgliedschaft zu entwickeln. Allein durch die zur Verfügungstellung von Räumen vor Ort kann die AWO Selbstgestaltung und Bereitschaft zur sozialen Gestaltung des Lebensumfelds initiieren und stärken. Gerade durch die Zunahme an inhaltlichen Bedingungen in der staatlichen Engagementförderung ist es wichtig, dass Freiräume zur Gestaltung des persönlichen Gemeinwesens erhalten bleiben.

3.2. Zielgruppen

Um Bürgerschaftliches Engagement erfolgreich zu fördern, ist eine Betrachtung und Ausrichtung nach Zielgruppen nötig. Dabei sind wiederum weitere grundsätzlich Aspekte mit zu berücksichtigen, wie Inklusion (z.B. Einbezug in gesellschaftliches Handeln, Maßnahmen gegen Ausgrenzung), Interkulturalität (z.B. Migrationshintergrund, ethnische Werte) oder Gender (gezieltes Ansprechen von Frauen, von Männern, Geschlechterförderung und –gerechtigkeit). Beispielhafte Zielgruppen können sein:

Junge Menschen in der AWO

Die Mitgliederwerbung und –bindung junger Menschen erfolgt hauptsächlich über das Jugendwerk als wesentlichem Ort für Engagement junger Menschen. Für den Übergang vom Jugendwerk in die AWO müssen für die Zielgruppe vor Ort passende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die inhaltlichen Angebote müssen sich auch deren Interessen widmen.

Unabhängig und keinesfalls in Konkurrenz zum Jugendwerk sollten aber im Ortsverein und in den Einrichtungen und Diensten Engagementmöglichkeiten für junge Menschen geschaffen werden. Zum einen existiert nicht immer ein Jugendwerk vor Ort und zum anderen können im Ortsverein und in den Einrichtungen und Diensten andere ergänzende Engagementmöglichkeiten angeboten werden. Dazu muss die AWO auf junge Menschen zugehen, sich bekannt machen und Engagement für junge Menschen erlebbar machen. Sie muss Angebote für junge Menschen diskutieren und etablieren. Sie sucht dazu Partner und Vernetzungsmöglichkeiten.

Auszubildende, Schüler/innen und Studierende

Die Freiräume zum Engagement haben sich für diese Gruppe durch längere Schultage und verdichtete Ausbildungszeiten verkürzt. Hinzu kommt noch verstärkter finanzieller Druck (z.B. durch Studiengebühren). Untersuchungen belegen, dass junge Menschen an Engagement und sozialer / politischer Verantwortung interessiert sind, aber auch an beruflicher Orientierung / Qualifizierung. Im Schulalter kann Engagement auch eine berufliche Orientierung bieten.

Angebote zum Engagement für Auszubildende, Schüler/innen und Studierende in der AWO sollten die Verkürzung der Zeitressourcen berücksichtigen. Sie sollten kurzfristig ausgerichtet und für junge Menschen interessant sein und eine weitere Lernmöglichkeit darstellen.

Nahestehende Personen von in AWO Einrichtungen Betreuten

Grundsätzlich gilt es, Personen, die Bewohnern/innen, Betreuten, etc. nahestehen, in ihrer Motivation, sich einzubringen, zu unterstützen. Gerade die Nähe zum Lebensumfeld einer in einer Einrichtung betreuten Person kann Impulse für ein Engagement zur Mitgestaltung dieses Umfeldes und darüber hinaus wecken.

Besonders von Eltern findet häufig Engagement im Umfeld ihrer Kinder statt: In Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen etc. Wenn Eltern für Engagement erreicht werden sollen, ist ihr besonderes Interesse bezüglich eigener Kinder zu beachten und sollte nicht in Konkurrenz hierzu stehen, sondern dieses aufgreifen. Um Eltern für ein Engagement in der AWO zu gewinnen, müssen daher für sie wichtige Themen gefunden werden, wie z.B. das Aufwachsen in und im Umfeld einer Kindertagesstätte, außerschulische Bildungsangebote, Freizeitmöglichkeiten oder auch Verkehrssicherheit. Die Zusammenarbeit zwischen AWO Ortsvereinen, AWO Jugendwerk und AWO Einrichtungen ist daher wichtig.

Erwerbstätige / Erwerbslose

Auf dem Arbeitsmarkt haben Veränderungen stattgefunden, die auch die Abweichung von klassischen Arbeitszeiten betreffen. Berufstätige sind daher auf individuell angepasste Engagementmöglichkeiten angewiesen.

Bürgerschaftliches Engagement kann gerade für Erwerbslose eine Form von aktiver gesellschaftlicher Teilhabe sein.

Senioren/innen

Senioren/-innen sind heutzutage im Durchschnitt gesünder, besser ausgebildet und vitaler als frühere Generationen. In der Bevölkerung steigt ihr Anteil. Sie haben ein Interesse, sich einzubringen, aktiv zu halten und verfügen durchaus über berufliche Kompetenzen, die sie einbringen würden. Der Anteil von Senioren/-innen mit Migrationshintergrund ist ebenfalls stark steigend und bedarf besonderer Angebote und Ansprache durch die AWO. Auch die Bedürfnisse nach Selbstbestimmung und aktiver Gestaltung sowie Themen- und Projektorientierung sind bei den Senior/innen die Motivation für ein Engagement. All das sind wichtige Aspekte zur Bindung an die AWO.

Altersgerechte Entwicklungen des Lebensumfelds und entsprechende Engagementförderung für und mit Senioren/-innen, ebenso wie Beteiligungsmöglichkeiten und aktive Selbstgestaltung sollten daher Schwerpunkte bei der Engagementförderung für Senior/innen sein.